

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1917)
Heft: 5

Artikel: Die Garantie des Friedens
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801578>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede

Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Offizielles Vereinsorgan der Schweizerischen Friedensgesellschaft

Abonnementspreis per Jahr: In der Schweiz Fr. 2.—; per Halbjahr Fr. 1.— (für Mitglieder und Nichtmitglieder); im Weltpostverein portofrei Fr. 3.60 per Jahr.
 Inserate per einspalt. 4,5 cm breite Pettizeile 15 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats in einer Doppelnnummer von 6—8 Seiten
 Redaktion: Für das Zentralkomitee der Schweizerischen Friedensgesellschaft, R. Geering-Christ, „Im Wiesengrund“, Bottingermühle bei Basel.
 Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen nehmen die A.-G. Hallersche Buchdruckerel in Bern, deren Vertreter, sowie sämtliche Annoncenbureaux entgegen.

Inhalt. Motto. — Frühling 1917. — Die Garantie des Friedens. — Pazifistische Rundschau. — Gespräch über das Völkerrecht (Feuilleton). — Kriegs- und Friedens-Aphorismen. — Kosten und Opfer des Krieges und das Resultat. — Schweizerische Friedensgesellschaft. — Die Welt will betrogen sein! — Der Mutbringer Alkohol. — Literatur.

Motto.

Gäben die Menschen täglich ihr Leben für einander hin, wie sie nach Gottes Willen es tun sollten, so bliebe es ihnen erspart, es im Krieg gegen einander opfern zu müssen.

Rudolf von Tavel
 „Die heilige Flamme.“ 1917.

Frühling 1917.

Ewigen Gesetzen folgend
 Oeffnen sich geheime Pforten,
 Und man sieht im Liebestausche
 Lenz und Erde allerorten.

Eingehüllt in Festgewänder
 Jeder Baum und jede Pflanze.
 Ungezählte Hochzeitsgäste
 Treten an zum Frühlingstanze.

Vöglein, Käfer, Hummeln, Bienen,
 Stimmen ihre feinen Geigen;
 „Freikonzert“ auf Weg und Stegen;
 Jubellieder; Hochzeitsreigen.

Eins nur fehlt: der Menschen Lachen,
 Das so silbern tönt im Grunde;
 Wo sich Seelen jetzt begegnen
 Springt die Klage aus dem Munde.

Viele tausend edle Söhne
 Modern unter grünem Plane —
 Ausgehaucht das kühne Leben,
 Aufgeopfert blindem Wahne.

Die zur Einheit sind erkoren,
 Ringen wild in blut'gem Morden;
 Aus den fleiss'gen Erdenbürgern
 Wurden rauhe Kriegerhorden.

Ihre Schlachtenhymnen passen
 Schlecht zu heitern Frühlingklängen,
 Sind nur schrille Dissonanzen
 Zu den sanften Brautgesängen.

Und es weint die holde Erde,
 Weint an ihrem Hochzeitstage,
 Mischt in all' den Menschenjammer
 Ihre tiefempfundne Klage.

Lenz vermag sie nicht zu trösten,
 Nicht mit Kränzen, nicht mit Blüten —
 Ihre Seele füllt die Sehnsucht
 Nach der Völker heil'gem Frieden.

Martha Rammelmeyer-Schönlin, Sarnen.

Die Garantie des Friedens.

Mit dem spannendsten Interesse haben wohl alle Leser seinerzeit die Kundgebungen für den Frieden verfolgt. Die Optimisten sahen ihn fast abgeschlossen, und die Freude, dass überhaupt darüber gesprochen wurde, liess sie übersehen, dass die rauhe Wirklichkeit es anders wollte. Ein Frieden bei unentschiedener Kriegslage hätte in erster Linie gegenseitiges Vertrauen vorausgesetzt, das Vertrauen, dass eine Friedenszeit nicht dazu benützt werde, noch Schrecklicheres vorzubereiten. Deshalb führte jede Besprechung unwillkürlich zur Erörterung der *Garantie* des Friedens.

Völker mit dem Geiste der Eroberer suchen die Garantie des Friedens in grossen Annexionen, in Unterjochung und starker Militärherrschaft. Allein die Geschichte lehrt uns, dass dieses System nur zu neuen Kriegen führen muss. Zudem lebt trotz jahrhundertelanger Unterjochung der Geist eines Volkes weiter — man denke nur an Polen — und der lässt sich weder fesseln noch töten.

Ein dauernder Friede beruht nicht auf einem Machtproblem, sondern auf einem *psychologischen Problem*. Kommt der Friede als Lösung des Machtproblems, so kann er über Nacht wieder stürzen, wenn die Macht die geringste Verschiebung erfährt. Anders wäre der Friede als Ergebnis einer innern Umformung des Menschen durch Unterdrückung aller Instinkte, durch Ideen, die nicht bloss Ideen bleiben, sondern das Leben bestimmen. Eine solche Idee ist das Christentum, wenn es nicht bloss Lehre, sondern Tat, Lebensprinzip wäre. Wenn sich auch das offizielle Christentum unfähig erwiesen hat, die Menschen von dem Greuel mörderischer Kämpfe zu befreien, ja teilweise sogar als Kriegstheologie das Wüten mitmacht, so ist am Christentum im reinen Sinn des Wortes doch nicht zu verzweifeln.

Ich bin weder Theologe noch kirchlich und halte trotzdem an diesem Vertrauen fest. Eine christliche Grundlehre, die Lehre der Gleichwertigkeit aller Menschen, ist es vor allem, die mir die Hoffnung gibt, dass sie doch einmal durchdringen muss, vielleicht sogar gepredigt von solchen, die sich weit vom Christentum wegwähnten. Wir wollen diese christliche Forderung mit dem modernen Worte bezeichnen: es ist die *Demokratie*. Auch hier gilt dasselbe wie vom Christentum: solange sie nur Idee bleibt, ja sogar als politischer Aushängeschild, als werbender Tamtam missbraucht wird, nützt sie wohl Spekulanten, aber nicht der Menschheit.

Die Demokratie heisst die Kraft des Volkes. Der Sinn des Wortes ist heute in die Ferne gerückt. Sein Ansehen steht in unserer kriegsdurchtobten Zeit, wo ein Feldherrnwink Tausende dem Tode entgegenführt, recht niedrig. Viele sagen, im Kriege taue die Demokratie nichts und sprechen gerade dadurch das grösste Lob aus; *sie ist dasjenige Staatsprinzip, das am wenigsten befähigt ist, das grösste Uebel, den Krieg, zu wollen.* Ist dies ein Fehler?

Die Monarchie ist dagegen die Staatsform, die auf den Krieg organisiert ist. Der Monarch ist oberster Heeresführer, und in unsern frühern importierten Geschichtsbüchern wurden jene Monarchen am meisten hervorgehoben, die am meisten Kriege führten. Der Krieg führt naturgemäss zu einer Konzentration von Macht und Kapital und wird deshalb stets von solchen erstrebt, die dadurch Vorteile erhaschen können. Schon auf der ersten Seite der Schweizergeschichte wird erzählt, wie Orgetorix im Streben nach der Königswürde die Helvetier zum Kriege überredete. Zu spät kam der widerstrebende demokratische Geist, der damals schon zwischen Jura und Alpen herrschte, zum Durchbruch.

In der Eidgenossenschaft selbst haben die demokratischen Elemente sich stets gegen die Eroberungspolitik ausgesprochen. Die sogenannte Länderpolitik schätzen wir oft beim Durchblättern unserer Geschichte gering ein; sie wehrte der Erwerbung von Hochburgund, Savoyen u. a. m. Hat sie wirklich so unrecht getan? War sie nicht prinzipiell richtig, war dieser politische Blick nicht frei von der Blendung durch Gold und Macht? Und wenn man uns beim künftigen Frieden Land und Leute schenken wollte, dürften wir es annehmen, ohne die Mehrheit dieser Leute für uns zu haben?

So sehen wir, die Demokratie kann nicht kriegerisch erobern. Sie kann nur die friedliche Weiterentwicklung, nur das friedliche Zusammenleben wollen. *Sie ist das Prinzip des Friedens, die Garantie des Friedens.* Avenarius hat es einmal als eine glückliche Vorsehung gepriesen, dass dem germanischen Geiste eine doppelte Entwicklung beschieden war, eine monarchische und eine demokratische. Leider spielt

die demokratische Richtung, die berufen sein sollte, Trägerin des Friedens zu sein, heute eine noch gar bescheidene Rolle. Allein, wenn ihre Bekenner in sich selbst geeint und innerlich überzeugt sind, kann sie dereinst der Sauerkeit sein. Aus dem Funken soll ein Feuer werden!

Die *Forderung von heute aber ist*, diesen demokratischen Geist zu *erhalten*, ihn hinüberzuretten in die kommende Zeit. Wir müssen in uns die demokratischen Grundsätze klären und sie lebendig zu gestalten suchen durch Tat und nicht durch reklamehafte Worte. Heute gilt es, sie zu bewahren durch manhaftes Einstehen für unsern Freistaat und seine Prinzipien, denen wir so vieles verdanken. Vor kurzem fragte mich mein Knabe, der die Schule noch nicht besucht, als er das Bild des Rütlichschwures betrachtete, was die Männer für uns getan hätten. Ich erklärte ihm darauf, wenn jene Männer nicht so gehandelt hätten, sein Vater vielleicht in einem Massengrab in den Karpathen oder den Vogesen liegen würde; dass er vielleicht auch zurückgekehrt wäre, verstümmelt, geblendet, oder irren Geistes. Da schaute er die Männer mit ganz andern Augen an, die erst die Hände zum Schwur erhoben. Die in jenem Schwur niedergelegten Prinzipien, die so schlicht und einfach und doch so erhaben sind, aufrechtzuerhalten in der Zeit des Faustrechts des zwanzigsten Jahrhunderts, ist unsere *heilige Pflicht*.

Diese demokratischen Prinzipien dürfen und sollen wir den Völkern verkünden, vor allem durch die *Tat*. Die erste dieser Taten war die durch unsern Bundesrat unterstützte Note Wilsons, die auch in den nordischen Reichen, wo die Demokratie so viele Anhänger hat, Anklang und Gefolgschaft erhielt. Es war eine *Tat der Demokratie*, deren Folgen erst später sich zeigen werden. Die beste Friedensgesellschaft wäre eine demokratische Weltunion, zu der die Ansätze schon vorhanden sind.

St.

Pazifistische Rundschau.

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat den der Republiken Kuba, Panama und nun auch

Feuilleton.

Gespräch über das Völkerrecht.

(August 1916.)

Von Wilhelm Brüggmann.

(Fortsetzung.)

4. Eignet sich Deutschland zum Garanten des Völkerrechts?

„Jetzt zu den Deutschen!“ rief Tobler. „Mit ihnen habe ich leichteres Spiel.“

„Ohoh!“ Roth setzte sich in Positur.

Der Ankläger fuhr sogleich sein schwerstes Geschütz auf, die Invasion Belgiens. Sein Widersacher bestreift nicht, dass mit dieser Invasion ein Unrecht geschehen war. Der Reichskanzler hätte das ja auch bereits im Reichstage öffentlich zugegeben, freilich sich auch zugleich zur Entschuldigung auf die Notlage berufen in welcher sich Deutschland damals befand.

„Wir haben vorhin genügend über solche Berufungen der Staaten auf ihre Lebensinteressen geredet,“ entgegnete Tobler. „Ich glaubte, wir hätten einerlei Ansicht darüber, und die Sache wäre erledigt. Wenn übrigens Deutschland nicht in der Lage war,

sich seiner Feinde ohne die Verletzung der belgischen Neutralität zu erwehren, warum machte es dann nicht lieber im letzten Jahrzehnt eine vorsichtigeren Politik? Warum bewies es nicht grössere Nachgiebigkeit, sei es Russland, sei es England gegenüber, um so diesem verhängnisvollen Notstande auszuweichen, der es zwang, fremde Rechte zu missachten? Man fordert gebieterisch die Rücksicht auf das eigene Recht bis zum letzten Pünktchen und findet sich dabei in keiner Weise beengt durch die Gewissheit, dass wichtige fremde Rechte darüber in die allergrösste Gefahr geraten.“

„Beruhige dich, Walter,“ sagte Roth, „ich habe gar nicht behauptet, dass die Berufung auf seine Notlage Deutschland von aller Schuld befreit. Ich denke nicht daran, wie ich nicht daran denke, die Reden gewisser feiner Köpfe zur Geltung zu bringen, welche etwa folgendes behaupten: Deutschland handelte durchaus nach dem Gesetze der Politik, welches die feinste Vergeistigung des allgemeinen Zeitgeistes ist und in ihm selbst seinen Grund und sein Gericht trägt. Es erfüllte damit eine heilige Pflicht gegen sich selbst und die Kulturwelt. Alle politischen Dummheiten sind Verbrechen, aber eine grosse und erhaltende Politik ist keine Ungerechtigkeit —“

„Genug!“ rief Tobler. „Aus solchen Reden dreht Satan den Strick, welcher der Welt Atem und Leben